

KURZ UND PRÄGNANT

LINKE-Antrag zu Volksbegehren

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE diskutiert der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde der letzten Plenarsitzung in diesem Jahr das Thema „Volksbegehren für sozial gerechte Kommunalabgaben in Thüringen – Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen – Klage nicht erheben!“

Die Landesregierung hat sich für eine Klage gegen das von der Bürgerallianz angestrebte Volksbegehren zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge entschieden. Das Vorhaben stehe der Verfassung entgegen, hatte am 7. Dezember Regierungssprecher Peter Zimmermann erklärt. Nach der Landesverfassung seien Volksbegehren zu Abgaben unzulässig. Bis zu einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs ruhe das Begehren.

Praxisgebühr gehört abgeschafft

„Schon die Einführung der Praxisgebühr war unverantwortlich, jetzt auch noch über eine Ausweitung auf jeden Arztbesuch nachzudenken, ist ein Skandal“, protestierte der LINKE Abgeordnete Jörg Kubitzki angesichts des Plans der schwarz-gelben Koalition u.a. eine Praxisgebühr für jeden Arztbesuch einzuführen. „Wenn künftig bei jedem Arztbesuch bis zu fünf Euro fällig werden, wird das vor allem sozial Schwache treffen. Dann ist in noch größerem Maße der Gesundheitszustand vom Geldbeutel abhängig.“ Der einzig richtige Schritt zu einer sicheren und nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems ist die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

20 Jahre Jugendberufshilfe

20 Jahre Jugendberufshilfe in Thüringen waren MdL Susanne Hennig Anlass zu erklären: „Der Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen und Regionen und die Tatsache, dass aktuell in Thüringen 4.000 Jugendliche ohne Berufstätigkeit und ohne Ausbildungsplatz sind, sprechen eine klare Sprache: Wir wollen ein Ende aller Maßnahmen, die nicht mit einer vollwertigen beruflichen Qualifikation enden. Thüringen muss mehr tun, um so genannten benachteiligten Jugendlichen Chancen zu geben! Der Verein Jugendberufshilfe und andere Akteure an der Schwelle Schule/Ausbildung brauchen für diese Aufgabe mehr Unterstützung.“ Außerdem sei es höchste Zeit, dass sich die Landesregierung endlich stärker um die Berufsschulnetzplanung in Thüringen kümmere, forderte die ausbildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Ziel ist die Energie-Selbstversorgung

MdL Ina Leukefeld hatte zu einem beeindruckenden Energieaktionstag nach Zella-Mehlis und Suhl eingeladen

Mit einem Energieaktionstag waren Landtags- und Bundestagsabgeordnete der LINKEN bei Einrichtungen und Unternehmen in Zella-Mehlis und Suhl vor Ort.

„Damit treibt die Linksfraktion das Erneuerbare-Energien-Thema voran und entwickelt in einem lernenden Prozess ihr Energiekonzept fort“, wie der Landtagsfraktionschef Bodo Ramelow bei der Auftakt-Diskussion im Zella-Mehliker Rathaus betont hatte (im Foto vor den Elektro-Autos der kommunalen Zella-Mehliker Service- und Immobilienmanagement GmbH zusammen mit Geschäftsführer Richard Rossel).

Zella-Mehliker zeigen, was geht

Dabei sollten die Gemeinden auch endlich in die Lage versetzt werden, mit erneuerbaren Energien Geld verdienen zu können – ein entsprechender Antrag der Linksfraktion, auf den Ina Leukefeld in Zella-Mehlis nocheinmal ausdrücklich hingewiesen hatte – wurde in der darauf folgenden Landtagsitzung im November von der Landtagsmehrheit immerhin zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Mehr Flexibilität und Unterstützung für die Kommunen, hatte auch Richard Rossel gefordert. Mit den jetzt schon vier Elektroautos, die an den „Tankstellen“ beim Carport der Ärztehäuser (die Dächer sind mit Photovoltaikanlagen bestückt) aufgeladen können, wollen sie den Zella-Mehliker Einwohnern zeigen, wie die Energiewende konkret geht.

„Elektroauto zu fahren, ist nicht so einfach, wie man denkt, aber auch nicht so schwierig, wie man glaubt.“ Im kommenden Jahr werden sie spe-

ziell in die Windenergie investieren, kündigte Rossel an.

Übrigens hatte der LINKE Bundestagsabgeordnete Jens Petermann bei der Diskussion zu bedenken gegeben, dass die Elektro-Mobilität „nicht der Weisheit letzter Schluss“ sei. Es müsse auch über entsprechende Verkehrskonzepte nachgedacht werden.

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ auch Wolfgang Schwarz von der Firma Sinusstrom aus Ilmenau, die ein Smart Grid-Projekt für die Stadt Zella-Mehlis entwickelt hat, mit dem verschiedene Energieträger und -verbraucher kombiniert und ersetzt werden. Ziel ist es, den äußeren Energiebezug zu minimieren und praktisch zur Selbstversorgung überzugehen. Herr

schon Weichenstellungen müssen diskutiert werden.“ Das sieht der Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, der Jenaer Ralph Lenkert, natürlich genauso. Er verwies auf die heftigen Auseinandersetzungen, die er auch als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unmittelbar erlebt.

Für staatliche Energieplanung

„Nur wenn der Druck wächst, macht die Bundesregierung Gesetze, die eine Energiewende hin zu dezentralen, lokalen Lösungen ermöglichen“, betonte der Bundestagsabgeordnete und verwies auf die Forderung, dass der Bund „Fehlansätze beseitigen muss“.



Schwarz sagte auch, dass er allein aus technischen Gründen den Neubau einer 380 kV-Trasse für überflüssig halte.

Von einer falschen Weichenstellung im Netzentgelt-Regulierungssystem sprach Dr. Reinhard Koch, Geschäftsführer der Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis, und forderte verlässliche längerfristige Regelungen. „Die großen politi-

Der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion, Manfred Hellmann, betonte ebenfalls seine Kritik an der Bundesgesetzgebung, die „von den Stromkonzernen geschrieben wurde und darauf ausgerichtet ist, das bestehende System zu erhalten“. Der Abgeordnete sagte, „eigentlich brauchen wir eine staatliche Energieplanung“.

Annette Rudolph

In Suhl und Zella-Mehlis kommt die Fernwärme aus der Müllverbrennung



Sie war trotz heftiger Bürgerproteste gebaut worden – die Müllverbrennungsanlage am Standort Zella-Mehlis. Bei der Besichtigung am 14. November konnten sich die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker der LINKEN ein umfassendes Bild der hocheffizient arbeitenden Anlage (mit höchsten Standards bei der Rauchgasreinigung; keinerlei Gerüche; sauberer Anlieferbereich) machen, durch die sie

Die Sühler Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld hatte zum Energieaktionstag eingeladen – hier bei der Besichtigung der hochmodernen Restabfallbehandlungsanlage Südwestthüringen, die 2008 in Betrieb ging.

Fotos: A.R.

der Geschäftsführer des öffentlichen Unternehmens, Dieter Weiprecht, führte.

Etwa 160.000 Tonnen Südwestthüringer Haus- und Sperrmüll (von ca. 500.000 Einwohnern) sowie gewerbliche Abfälle werden in der Anlage des Zweckverbandes derzeit jährlich verbrannt. Damit ist sie fast ausgelastet. Sozusagen als Nebenprodukt fallen bei der Verbrennung Fernwärme und

Strom an. Der Fernwärmebedarf der Städte Suhl und Zella-Mehlis kann so fast vollständig gedeckt werden, jedenfalls bei Temperaturen bis Minus zehn Grad Celsius.

Die „sehr preiswerte Fernwärme ist eine ideale Konstellation für die Stadt und wirtschaftlich sowie ökologisch sinnvoll“, betonte Herr Weiprecht. Bleibt außerdem Wärme übrig, kann sie in Strom umgewandelt und ins Netz eingespeist werden. Hauptzweck bleibt aber natürlich die Abfallverwertung. Mit Blick auf die in drei Jahren auslaufenden kommunalen Verträge meinte der Geschäftsführer, dass ein Landesabfallwirtschaftsplan der kommunalen Zusammenarbeit den Vorrang geben könnte. Auf jeden Fall sei es „ökologischer Blödsinn“, dass Abfall „quer durch Deutschland gefahren wird“.

Der Energieaktionstag wurde fortgesetzt mit einem Besuch des Solarparks Suhl-Goldlauter und am Abend beendet mit einer öffentlichen Sitzung der LINKEN Stadtratsfraktion. Thema: Energierevolution statt grüner Kapitalismus